

## Erinnerungspolitische Wendepunkte. Argumentation und Persuasion in Gedenkreden zum 8. Mai 1945

Der Blick auf die eigene Geschichte unterliegt bekanntlich zahlreichen, oft höchst unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen. Dies gilt erst recht für Gedenkreden staatlicher Repräsentanten, die sich aus einer gewissen zeitlichen Distanz auf ein mehr oder weniger bedeutsames historisches Ereignis beziehen. Welche Sichtweisen werden dabei entfaltet, welche Bewertungen dominieren, wer sind die wichtigsten politischen Akteure, welche Folgerungen ergeben sich für die Zukunft? Anhand von Redebeispielen zum Ende des Zweiten Weltkriegs soll versucht werden, bestimmte Schwerpunkte der politisch-geschichtlichen Einordnung herauszustellen und markante Veränderungen von Willy Brandt (1970) über Richard von Weizsäcker (1985) bis hin zu Frank-Walter Steinmeier (2025) nachzuzeichnen. Ganz konkret wird auch der Frage nachgegangen, welche Perspektive die jeweiligen Redner zum 8. Mai 1945 einnehmen, welche Deutungsmuster herangezogen werden, in welchem Maße friedenspolitische Bestrebungen eine Rolle spielen, welche Akzentverschiebungen sich eventuell ergeben und inwieweit dabei Konzepte des kollektiven Gedächtnisses und der Erinnerungskultur aktualisiert oder modifiziert werden. Zum Vergleich wird auch eine Rede von Władysław Bartoszewski im Deutschen Bundestag herangezogen. Hier ist interessant zu sehen, wie sich aus der Sicht eines polnischen Politikers die Entwicklungen der letzten fünfzig Jahre darstellen, welche Etappen, welche Ereignisse und Entscheidungen als wichtig eingestuft werden und worin die spezifisch polnischen Urteilskriterien bestehen. Besondere Aufmerksamkeit gilt insgesamt den Mitteln und Verfahren, mit denen die jeweiligen Selbst- und Fremdbilder aufgebaut und für die hier als relevant eingestuften Ziele und Perspektiven argumentativ geworben wird.

**Schlüsselwörter:** Zweiter Weltkrieg, kollektives Gedächtnis, kulturelle Identität, Feindbilder, Stereotypisierungen, politische Argumentation, Persuasion

### **Turning Points in the Politics of Remembrance. Argumentation and Persuasion in Commemorative Speeches on May 8, 1945**

As is well known, the way we view our own history is subject to numerous, often highly diverse, prerequisites and conditions. This is especially true for commemorative speeches delivered by state representatives who, from a certain temporal distance, refer to a certain more or less significant historical event. What perspectives are developed, which assessments dominate, who are the most important political actors, and what conclusions can be drawn for the future? Using examples of speeches from the end of the Second World War, this study attempts to highlight certain focal points of the political-historical contextualization and to trace significant changes from Willy Brandt (1970) through Richard von Weizsäcker (1985) to Frank-Walter Steinmeier (2025). Specifically, the study also examines the perspectives of the respective speakers on May 8, 1945, the interpretive frameworks employed, the extent to which peace policy efforts play a role, any shifts in emphasis that may occur, and the degree to which the concepts of collective memory and the culture of remembrance are updated or modified. For comparison, a speech by Władysław Bartoszewski in the German Bundestag is also used. It is interesting to see how the developments of the

last fifty years appear from the perspective of a Polish politician, which stages, events and decisions are considered important, and what specifically Polish criteria for judgment are. Particular attention is paid to the means and methods used to construct the respective self-images and perceptions of others, and to advocate for the goals and perspectives deemed relevant here.

**Keywords:** World War II, collective memory, cultural identity, enemy images, stereotyping, political argumentation, persuasion

**Author:** Heinz-Helmut Lüger, Zeppelinstraße 45, 76887 Bad Bergzabern, Germany, e-mail: heinz-helmut.lueger@t-online.de

**Received:** 28.11.2025

**Accepted:** 31.3.2026

## 1. Gedenkrede und kollektives Gedächtnis

Gedenkreden sind insofern keine alltägliche Textsorte, als sie einige Besonderheiten aufweisen: Sie finden üblicherweise in einem öffentlichen Rahmen statt, die Redner sind meist bekannte Persönlichkeiten; bezüglich der thematischen Bezugspunkte kommen in erster Linie historische Ereignisse oder Zeitperioden, bestimmte Institutionen, Personen oder Personengruppen zur Sprache. Im Mittelpunkt von Gedenkreden steht also ein Erinnern an Inhalte aus der Vergangenheit, die für eine Gesellschaft oder eine gesellschaftliche Gruppe von allgemeiner oder kollektiver Bedeutung sind. Was nun konkret Gegenstand des Erinnerns ist, hängt weitgehend von dem ab, was man in der jeweiligen Gemeinschaft als „Erinnerungskultur“ bezeichnen kann. Damit seien nicht allein die „Umgangsformen mit der Vergangenheit“ (Czachur 2016: 84 f.) gemeint, sondern ebenso das in Frage kommende inhaltliche Spektrum des Erinnerns. Während der Vorgang des Erinnerns auf eine kommunikative Aktivität hinausläuft, mit der auf Bekanntes der Vergangenheit referiert wird, kann man ein solches Referenzobjekt und die mit ihm verknüpften Einschätzungen und Bewertungen als aktuell gegebenen Teil des **kollektiven Gedächtnisses** betrachten. Mit dieser Formulierung soll nicht zuletzt das historisch Wandelbare, nämlich die Abhängigkeit von speziellen Wahrnehmungen und Deutungen, betont werden. Oder mit den Worten von Waldemar Czachur (2015: 62): „Kollektives Gedächtnis bezeichnet also denjenigen Teil des Wissensvorrates eines Kollektivs, der sich auf Ereignisse oder Personen der Vergangenheit bezieht. Diese Wissensformationen werden allerdings jeweils in aktuellen politischen und medialen Diskursen [...] für bestimmte Zwecke kommunikativ und diskursiv neu profiliert“.<sup>1</sup> Für Gedenkreden heißt das: Sie sind offen für neue Sehweisen und nicht von vornherein bestimmten rituellen Konventionen verpflichtet. Jede Thematisierung eines im

<sup>1</sup> Das kollektive Gedächtnis sei damit jedoch nicht reduziert auf eine rein kognitive Dimension, bekanntlich ist es in der Regel auch affektiven, emotionalen Einflüssen unterworfen. Vgl. ausführlicher: Kopperschmidt (1989), Czachur (2015, 2024), Jakosz (2021), Burkhardt (2023); erwähnt seien außerdem politisch motivierte Versuche gezielter Verkürzungen, Umdeutungen oder Verfälschungen (Iluk 2007: 118 ff. am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen).

genannten Sinn relevanten Inhalts ist immer unter zwei Aspekten zu betrachten: Zum einen bringt sie zum Ausdruck, was in einer Kommunikationsgemeinschaft zum Bestand des kollektiven Gedächtnisses gehört; zum andern wird sie zu einem beeinflussenden, konstituierenden Faktor, und zwar in dem Maße, wie neue Schwerpunkte oder andere Einstellungen für eine Modifikation des kulturellen Gedächtnisses – und damit auch der **Identitätsentwicklung** einer Gesellschaft oder gesellschaftlichen Gruppe – sorgen.

In Ergänzung eines oft zitierten Modells von Chlebda (2020: 106) kann man mit Blick auf Erinnerungskultur und kollektives Gedächtnis verschiedene grundlegende Komponenten wie in Abb. 1 festhalten.

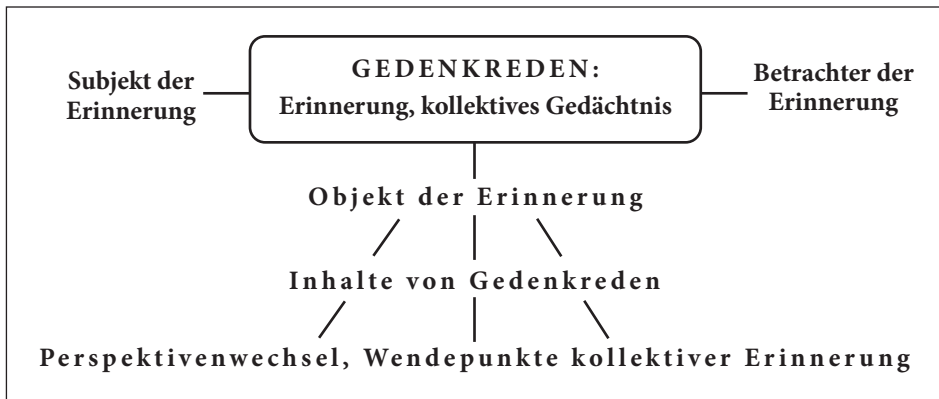


Abb. 1. Konstitutive Faktoren von Gedenkreden

Zentrale Bestandteile sind natürlich der jeweilige Redner als „Subjekt der Erinnerung“ und der betreffende Referenzgegenstand als „Objekt der Erinnerung“ (hier der 8. Mai 1945). Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung können unterschiedliche „Inhalte“ angesprochen und, im Zusammenhang damit, neue Perspektiven eröffnet oder Wendepunkte der kollektiven Erinnerung vollzogen werden. Die Position „Betrachter“ benennt schließlich die Instanz metakommunikativer Beobachtung und wissenschaftlicher Analyse. Die Herausbildung des kollektiven Gedächtnisses ist generell angewiesen auf Informationen, die bestimmte Vergangenheitsbilder bestätigen, vertiefen oder verändern können. Hierzu kommen Vermittlungsformen aller Art in Betracht: „Nur durch Kommunikation, gleich welcher Art, entwickeln wir unser individuelles Gedächtnis und schaffen wir unser kollektives Gedächtnis. Und nur durch Kommunikation können vergangene Ereignisse wieder vergegenwärtigt werden“ (Wolf 2006: 86). Bezogen auf Gedenkreden zum 8. Mai 1945 heißt das: Hier wären zunächst die Reden selbst zu berücksichtigen, egal in welcher Form, ob als Video-Mitschnitt oder als gedruckte Schriftfassung. Hinzu kämen Kommentare, Stellungnahmen, wie sie in verschiedenen Medien verfügbar sind, schließlich auch Vergleiche mit früheren oder späteren Gedenkreden (etwa in Presse- oder

Buchbeiträgen). Sprachliches steht zwar im Vordergrund, ist aber nicht die einzige Informationsbasis; Filme, Bilder, Karikaturen oder vergleichbare Kommunikate gehören ebenfalls dazu (vgl. bereits Opiłowski 2018).

## 2. Erinnerung an den 8. Mai 1945

Der 8. Mai 1945 ist ohne Frage über alle Parteigrenzen hinweg ein wichtiges Datum. Gedenkveranstaltungen im Bundestag mit prominenten Rednern sind daher seit Jahrzehnten die Regel. An diesen Redeanlässen wird ablesbar, welche Form der Erinnerungskultur vorherrscht, welche Bedeutung man dem historischen Ereignis zuordnet und welche Inhalte bei diesem „Objekt der Erinnerung“ im Vordergrund stehen und welche nicht.

In den folgenden Abschnitten werden exemplarisch einige Gedenkreden herangezogen und hinsichtlich ihres Umgangs mit Geschichte untersucht. Leitende Fragen dabei sind: Welche Bewertungen und Einordnungen erfahren die betreffenden Gedenkinhalte? Welche Emotionen sind im Spiel? Inwieweit kommen konflikthafte Positionen zur Sprache? Welche sprachlichen Verfahren sind besonders relevant, wie wird argumentativ begründet, in welchem Maße kann man von stereotypen sprachlichen Gestaltungsmustern sprechen?

### 2.1 Willy Brandt (1970)

Bei der offiziellen Ankündigung von Gedenkreden werden häufig unterschiedliche Termini verwendet. So erhält die Rede des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 8. Mai 1970 die Bezeichnung „Regierungserklärung“<sup>2</sup>; andere Begriffe sind „Ansprache“ oder schlicht „Rede“. Gleichwohl handelt es sich in solchen Fällen durchweg um mündlich vorgetragene Texte, die im weitesten Sinne das Ende des Zweiten Weltkriegs zum Gegenstand haben und damit zusammenhängende Bewertungen oder Einordnungen sowie daraus zu ziehende politische Schlüsse vorstellen. Die hier bemühten Reden können somit ohne weiteres als „Gedenkreden“ betrachtet werden. Für Brandt steht der 8. Mai 1945 vor allem im Zeichen einer „totalen Niederlage“, wie es gleich am Anfang der Rede markant formuliert wird:

- (1a) *In diesen Tagen sind 25 Jahre vergangen, seit der totale Krieg des nazistischen Reiches in der totalen Niederlage endete [...].*

Mit dieser klaren Einordnung trifft Brandt genau die erinnerungspolitische Tendenz, wie sie in vielen Gedenkveranstaltungen vor und nach 1970 in der Bundesrepublik (und auch in Österreich) vorherrscht (vgl. Wolf 2006: 86). Man gedenkt der

<sup>2</sup> Genauer: „Abgabe einer Regierungserklärung durch Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) am 8. Mai 1970“; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw19-de-gedenkstunde-rede-brandt-1062290>, Zugriff am 8.5.2025.

bedingungslosen Kapitulation, des Zusammenbruchs des Reichs, der großen Zahl menschlicher Opfer, der vielen Zerstörungen, der Gebietsverluste, der Vertreibungen. Diese Sehweise dürfte in der Zeit für die meisten Bevölkerungskreise bestimmend und maßgeblich sein.

In der Gedenkrede Brandts werden viele unterschiedliche Gesichtspunkte angesprochen, aber als Hauptlinien kann man auf der Basis der Aussage in (1a) vor allem zwei thesenhaft formulierte Folgerungen festhalten:

- aus dem 8. Mai 1945 erwächst eine generelle Verpflichtung zum Frieden;
- für die Bevölkerung der Bundesrepublik hat sich die Möglichkeit eines Neubeginns ergeben.

Die erste These wird sogleich mit der aktuellen außenpolitischen Situation und den sie prägenden Krisen verknüpft:

- (1b) *Die Verpflichtung zum Frieden wird uns in diesen Tagen besonders bewußt. Mit den anderen Völkern teilen wir die Sorge darüber, daß die kriegerische Auseinandersetzung in Südostasien und die Krise im Nahen Osten sich verschärft und ausgeweitet haben. Die Bundesregierung hofft, daß die Bemühungen um eine friedliche Lösung dieser leidvollen und gefährvollen Konflikte bald erfolgreich sein mögen [...].*

Die **Verpflichtung zum Frieden** erfordert zunächst eine verantwortungsvolle Sicht auf die außenpolitische Situation. Dabei beschränkt sich Brandt auf relativ vage Andeutungen, wenn er lediglich *kriegerische Auseinandersetzungen in Südostasien* und die *Krise im Nahen Osten* erwähnt und auf jegliche Kommentierung verzichtet. Die zuletzt genannte *Krise* bezieht sich auf die Folgen des Sechstagekrieges von 1967, die fortgesetzten militärischen Auseinandersetzungen und die Gebietsbesetzungen durch Israel. Und der Verweis auf Südostasien führt zur letzten Phase des Vietnam-Krieges, zu den Bombardierungen durch die US-Luftwaffe, den Einsatz chemischer dioxinhaltiger Kampfmittel und die Ausweitung des Krieges auf Kambodscha und Laos. Der Verzicht auf weitere Details und auf die Nennung politisch verantwortlicher Akteure dürfte auf das Bestreben zurückzuführen sein, die Konzentration auf den eigentlichen Gedenkgegenstand nicht aus dem Blick zu verlieren; eine Rolle könnte auch spielen, als Kritik interpretierbare Äußerungen über Israel und die USA um jeden Preis vermeiden zu wollen (trotz der seinerzeit in der BRD massiven Proteste gegen die amerikanische Vietnam-Politik).<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Ähnlich auf Andeutungen beschränkt und kommentarlos bleiben Ausführungen des Kanzlers, wenn bezüglich des Kriegsendes von den „ersten Atombomben, die 1945 den Krieg gegen Japan beendeten“, die Rede ist. – Auch der Appell an die „jüngere Generation“, „unbeirrt [an der demokratischen Ordnung] festzuhalten“, kann vor dem Hintergrund der Studentenunruhen nur als Vorwurf oder Warnung gemeint sein. Ein anderes fragwürdiges Beispiel liegt vor, wenn die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in eine Formulierung mündet wie „was 1933 über uns kam“ – das trotz einer vorherigen eindeutigen Bezugnahme auf den „von Hitler begonnenen Krieg“.

In Sachen Außenpolitik und *Verpflichtung zum Frieden* gibt es noch einen zweiten Schwerpunkt: die Verständigung mit, wie es heißt, den *Völkern im Osten*:

- (1c) *Die Teilung der Welt in zwei große Machtblöcke hat aber zugleich Europa gespalten, unser Land und seine alte Hauptstadt in zwei Teile zerrissen und unsere Verständigung mit den Völkern im Osten verzögert. Diese Verständigung und Aussöhnung ist, wie wir wissen, besonders schwierig. Aber sie ist im Interesse des Friedens ebenso notwendig wie die mit dem Westen [...].*

Wie man weiß, besteht ein unbestreitbares historisches Verdienst der Ära Brandt/Scheel darin, unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ eine außenpolitische Neuorientierung versucht zu haben, nämlich eine Verständigung mit den osteuropäischen Ländern und der DDR, ein Unternehmen, das vonseiten der politischen Opposition und der Vertriebenenverbände von Beginn an mit äußerst vehementer Ablehnung bekämpft wurde (vgl. Lüger 2020). Für Brandt liegt hier jedoch eine entscheidende Vorbedingung für eine zukunftsweisende und friedenssichernde Politik. Mehr noch: Erst eine „europäische Friedensordnung“ werde, wie Brandt nicht ohne Pathos betont, einen „Schlußstrich der Geschichte ziehen können unter das, was sich für uns Deutsche mit dem Jahr 1945 verbindet“. Dieses Anliegen tritt an verschiedenen Stellen der Gedenkrede wie ein roter Faden deutlich hervor, ohne allerdings wirklich konkret zu werden. Das Gedenken an den 8. Mai ist für den Redner offensichtlich nicht der Ort, für eine Position zu werben, deren Konsensfähigkeit nach den gemachten Erfahrungen, z. B. im Bundestag, zu dem Zeitpunkt nicht gegeben ist.

Der zweite Schwerpunkt, der mögliche **Neubeginn seit 1945**, betrifft zunächst die außenpolitische Situation, nämlich das Verhältnis der Bundesrepublik zu den anderen westlichen Staaten:

- (1d) *Es entsprach der weltpolitischen Lage, wie sie nach dem Ende des zweiten Weltkrieges entstanden war, daß uns eine Verständigung zuerst mit den westlichen Völkern gelang [...].*

Besonders hervorgehoben werden dabei die Verdienste des früheren Bundeskanzlers Konrad Adenauer und des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss. Außerdem bekennt sich Brandt zu der Verpflichtung, die europäische Zusammenarbeit fortzusetzen und den „Zusammenschluß der europäischen Staaten“ zu fördern. Der zweite, mit dem Neubeginn verbundene Aspekt betrifft Innenpolitisches, den „Wiederaufbau Deutschlands“:

- (1e) *Dieses deutsche Volk hat sich 1945 verbissen und fleißig an die Arbeit gemacht – in beiden Teilen Deutschlands. [...] Der Wiederaufbau Deutschlands war das Ergebnis der Arbeit von Menschen aus allen Schichten unseres Volkes [...].*

Dieser Punkt erhält in der Gedenkrede viel Aufmerksamkeit. Der Bundeskanzler ist sichtlich bemüht, mit diesem Adressatenlob das Gemeinschaftliche und das

Gemeinschaftsstiftende in den Vordergrund zu stellen: Einbezogen werden auch die „Landsleute in der DDR“, deren Leistung Anerkennung verdiene; eine spezielle Würdigung erfährt außerdem die „Mitarbeit der Vertriebenen und Flüchtlinge“. Entscheidend für den Wiederaufbau seien die intensiven und gemeinsamen Anstrengungen gewesen, nur so haben aus den Trümmern neues Leben und neue Hoffnungen entstehen können:

- (1f) *Die sichtbaren Trümmer des Krieges wurden geräumt. Die Städte und Dörfer wurden wiederaufgebaut. Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Industrie und Handel wurden zu einer in der Welt bewunderten Blüte gebracht. In den Bereichen der Wissenschaften, der Kunst, der Kultur wurde die Isolierung überwunden und Wesentliches neu geschaffen [...].*

Die hieran ablesbaren Leistungen gelten – nach den vielen zerstörerischen und beschämenden Aktionen – gleichsam als Inbegriff für neuen Stolz, Selbstwertgefühl und für mögliche Identitätsfindung.

Betrachtet man die skizzierten Faktoren als konstitutive argumentative Basis der Gedenkrede, ergibt sich folgende Struktur.

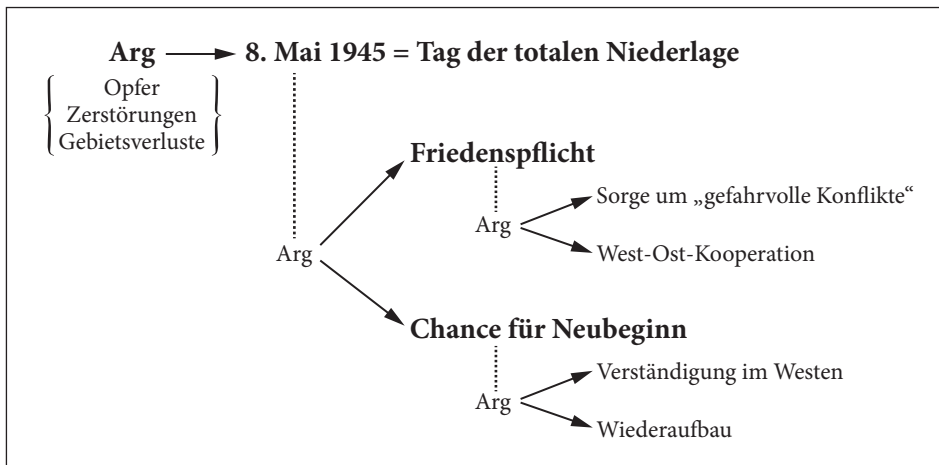


Abb. 2. Argumentative Verknüpfung von Gedenkinhalten (Brandt 1970)

Die Eingangsthese, der 8. Mai 1945 sei ein Tag der totalen Niederlage, wird u. a. gestützt durch die üblichen Verweise auf die menschlichen Opfer, die Zerstörungen und die Gebietsverluste. Diese These fungiert wiederum als argumentativer Ausgangspunkt für die zwei Hauptthesen, es gebe daher eine allgemeine Verpflichtung zum Frieden und es biete sich für die BRD die Möglichkeit eines Neubeginns. Spezifizierend lassen sich daraus als weitere Folgerungen ableiten: Verschiedene politische Konflikte seien mit Sorge zu betrachten, der Konfrontation der beiden Machtblöcke müsse entgegen gewirkt werden, die Integration in westliche Bündnisse sei vorrangig gewesen, und

der Wiederaufbau des Landes stelle eine großartige verbindende und schichtenübergreifende Leistung dar.

Die Argumentation verstärkend kommen zahlreiche apodiktisch formulierte Aussagen hinzu, die den Zuhörern (und Lesern) das Gefühl vermitteln, als würde nur unumstößliche Wahrheiten verkündet:

- (1g) *Ein Volk muß bereit sein, nüchtern auf seine Geschichte zu blicken; denn nur wer sich daran erinnert, was gewesen ist, erkennt auch, was heute ist, und vermag zu überschauen, was morgen sein kann [...].*

Quantitativ dominieren eindeutig Formulierungsmuster, die uneingeschränkte Faktizität signalisieren („dieses Bewußtsein ist nicht erloschen“), politische Bewertungen („die Weimarer Republik ist ja auch daran zugrunde gegangen, daß...“) werden als gesichert und absolut plausibel präsentiert; hinsichtlich der Beziehungsgestaltung fällt auf, mit welcher Konsequenz versucht wird, über das inklusive *wir* so etwas wie eine gemeinsame Wertebasis zu reklamieren und eine kommunikative Nähe zu den Adressaten zu bekunden.<sup>4</sup>

## 2.2 Richard von Weizsäcker (1985)

Die Gedenkrede Richard von Weizsäckers wird angekündigt als „Ansprache“, also als eher kurze Rede,<sup>5</sup> eine Vorerwartung, die sich allerdings nicht bestätigt. Bereits in der Einleitung wird ein Darstellungsprinzip erkennbar, das die gesamte Rede durchzieht: „Weizsäcker lässt sich zuerst auf die anderen ein, auf die, die in irgendeiner Weise in den Jahren von 1933 bis 1945 Opfer der Deutschen geworden sind [...]; immer wieder stellt er die Anderen vor die Eigenen“ (Wolf 2006: 89). Mit einem solchen **doppelten Blick** auf den 8. Mai 1945 wird von Beginn an eine nicht gerade übliche Form des Erinnerens vorgeführt:

- (2a) *Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übertragung zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa. Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit [...].*

<sup>4</sup> Willy Brandt verwendet in seiner Rede das inklusive *wir* allein 23 mal; das Pronomen *uns* kommt 7 mal, das Possessivum *unser* 6 mal vor. Zu gewissen Parallelen in Neujahrsansprachen vgl. Holly (1996).

<sup>5</sup> „Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges“; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw19-de-gedenkstunde-rede-weizsaecker-1062288>, Zugriff am 8.5.2025.

Da in diesem Fall ein gemeinsames Erinnern im Sinne gleicher Gedenkinhalte kaum möglich ist, kann sich der Hörer/Leser von vornherein auf verschiedene Perspektiven einstellen, wie dies etwa in der Formulierung „jedes Volk [hat] dabei seine eigenen Gefühle“ zum Ausdruck kommt. Insofern liegt es durchaus nahe, in dem Kontext die „Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft“ explizit anzusprechen.<sup>6</sup> Für die deutsche Seite fordert von Weizsäcker ein schonungsloses Nachdenken „ohne Beschönigung und Einseitigkeit“, ohne hier die nationalsozialistische Vergangenheit schon zu nennen. Der 8. Mai sei „für uns Deutsche kein Tag zum Feiern“, so die klare Feststellung. Es schließen sich verschiedene Hinweise zu Reaktionen auf das Kriegsende an, und erst nach dieser rhetorisch-inhaltlichen Vorbereitung folgt die wohl am häufigsten zitierte Passage der Rede:

- (2b) *Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen [...].*

Allein der Satz „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“ löst in der Bundesrepublik<sup>7</sup> nicht weniger als eine klare Abkehr von der bis dahin üblichen Erinnerungspolitik aus. Für manche stellt die Rede eine geschichtliche Sternstunde dar, andere Stimmen äußern Skepsis oder Empörung, das vor allem wegen der Thematisierung der „nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ und der damit verbundenen Schuld weiter Teile der deutschen Bevölkerung: „Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten“. Dem oft bemühten Argument des Nichtwissens wird also eindeutig widersprochen. Über die Originalität der Redeinhalte mag man streiten, unbestreitbar ist jedoch die große nationale und internationale Wirkung der Gedenkrede von Weizäckers, die auch über das Jahr 1985 hinausreicht (Siebeck 2015: 162). Dies dürfte auch mit dem Umstand zusammenhängen, ganz unterschiedliche Opfergruppen in den Blick genommen zu haben: Neben dem Völkermord an Juden, der als „beispiellos“ bezeichnet wird, kommen besonders die Verbrechen in Polen und in der Sowjetunion zur Sprache; gedacht wird außerdem der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Geisteskranken, der erschossenen Geiseln, der Opfer des Widerstands in den besetzten Ländern. Dem Redner ist sehr daran gelegen, hier die Gleichrangigkeit und die Gleichwertigkeit aller Menschen zu betonen (Wolf 2006: 89). Die Konsequenz aus dem in der NS-Zeit Geschehenen könne

<sup>6</sup> Der Gedanke der „Befreiung von Fremdherrschaft, von Terror und Angst“, obgleich bezogen auf „andere Völker“, findet sich übrigens bereits in der Gedenkrede Willy Brandts vom 8. Mai 1970.

<sup>7</sup> Diese Präzisierung erscheint notwendig, da in der DDR der 8. Mai 1945 bereits seit 1950 als „Befreiung vom Hitlerfaschismus“ galt.

nur lauten: „Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen“. Es könne nicht darum gehen, „Vergangenheit zu bewältigen“, das sei prinzipiell unmöglich.

Bei Richard von Weizsäcker (und seinem Beraterstab) dürfte mit Sicherheit Klarheit darüber bestanden haben, wie unterschiedlich die Reaktionen auf die These „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“ sein würden. Letztlich geht es ja darum, Verständnis für eine noch nicht etablierte Position zu wecken, nämlich „daß Besiegtheit und Befreiung unlöslich miteinander verbunden waren“ (Wolfrum 2006: 363). Von daher ist es nur plausibel, wenn in der Gedenkrede zum einen Versuche der Akzeptanzstützung und zum andern der Abschwächung im Kontext der zentralen, alles dominierenden Aussage unternommen werden (vgl. die schematische Wiedergabe in Abb. 3).



Abb. 3. Stützungs- und Abschwächungsmaßnahmen (von Weizsäcker 1985)

Gerade an der Stelle, wo von Weizsäcker den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung bezeichnet, kommt es darauf an, den entscheidenden Satz mit einem Kontext zu versehen,

der die Unvermitteltheit reduziert und antizipierbare Widerstände, sofern überhaupt möglich, argumentativ abfedert. Hierzu dienen zunächst Aussagen, die die Akzeptanz der zentralen Äußerung absichern sollen. Zuerst wird als unmittelbare Begründung für „Befreiung“ der Verweis auf die „nationalsozialistische Gewaltherrschaft“ angeführt (vgl. [a]); zuvor war auch bereits von „unmenschlichen Zielen“, von „verbrecherischer Führung“ und metaphorisch vage von einem „dunklen Abgrund der Vergangenheit“ die Rede. Außerdem seien die Kriegsfolgen „Flucht, Vertreibung und Unfreiheit“ auf ebendiese Ursache zurückzuführen (vgl. [c]). Und schließlich wird noch einmal der kausale Zusammenhang mit dem 30. Januar 1933, dem Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, in Erinnerung gerufen. Als akzeptanzstützend kann man die betreffenden Äußerungen insofern auffassen, als sie bei den Adressaten die Bereitschaft erhöhen sollen, die zentrale These, totale Niederlage und bedingungslose Kapitulation einerseits und Befreiung von einem „menschenverachtenden System“ andererseits seien kein Widerspruch, zu übernehmen oder wenigstens diesbezügliche Vorbehalte zu relativieren. Darüber hinaus finden sich Aussagen, die man gleichsam als Abschwächung der behaupteten Befreiungs-These verstehen kann. Insbesondere seien die leidvollen Erfahrungen vieler Menschen nach 1945, die negative Kehrseite des Befreiungs-Ereignisses, nicht vergessen (vgl. [b]). Sehr viele Abschnitte der Gedenkrede von Weizsäckers sind solchen und ähnlichen Überlegungen gewidmet (vgl. in Abb. 3 die in eckigen Klammern stehenden Hinweise in diese Richtung); sie fungieren als Bestätigung der in den ersten Nachkriegsjahrzehnten üblichen Perspektiven und Ereignisbewertungen, gleichzeitig aber auch als argumentatives Mittel, den Übergang zur Befreiungsthese zu rechtfertigen und als nachvollziehbar erscheinen zu lassen. Das letztlich mit der Gedenkrede insgesamt verknüpfte Ziel dürfte wohl darin bestehen, hinsichtlich des 8. Mai 1945 für einen Perspektivenwechsel zu werben und so einen deutlichen erinnerungspolitischen Wandel bei der westdeutschen Bevölkerung herbeizuführen. Kennzeichnend bleibt jedenfalls der Versuch, den Aspekt der Niederlage und die damit einhergehenden Erinnerungen nicht einfach auszublenden, sondern diese Sehweise, allen Widerständen zum Trotz, um den Aspekt der Befreiung und des Neubeginns zu erweitern.

Die erinnerungspolitische Neuorientierung stößt, wie angedeutet, nicht bei allen gesellschaftlichen Gruppen auf ungeteilte Zustimmung. Erwähnt sei noch ein besonderer Kritikpunkt, der vor allem die politische Verantwortung für den Genozid und die NS-Vergangenheit betrifft; so liest man z. B. im Redetext:

- (2c) *Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Haß Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. Hitler hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zum Werkzeug dieses Hasses gemacht. [...] Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlaß dafür suchte und fand er in Polen. [...] Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden. Während dieses Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet. [...] Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Haß zu schüren [...].*

Es ist diese Konzentration auf die Person Hitlers und damit die Abstraktion von der Mittäterschaft vieler Deutscher, die Kritik provozieren. Zurückgewiesen wird ein „hitlerzentriertes, in seiner Engführung auf ‚wenige‘ Deutsche weit hinter dem damaligen historischen Kenntnisstand und wohl auch hinter dem Wissen des Zeitzeugen zurückbleibendes Täterkonzept“, wie es bei Siebeck (2015: 163 f.) noch relativ zurückhaltend heißt. Gemeint ist ohne Frage das starke Eingebundensein weiter Teile der Gesellschaft in den Nationalsozialismus – oder im Klartext: „Wenn von der Befreiung der Deutschen gesprochen wird, hat das auch etwas Entschuldigendes und Entlastendes an sich – als seien die Deutschen insgesamt Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Die Nazis scheinen in dieser Perspektive Wesen von einem fremden Stern gewesen zu sein. Dabei hatten sich Millionen Deutsche eigeninitiativ an den NS-Verbrechen beteiligt, davon profitiert und zugestimmt oder zumindest stillschweigend zugehört. Es waren deutsche Verbrechen, begangen von Deutschen“ (Wagner 2025).

Auch wenn von Weizsäcker mit seiner Gedenkrede gängige Interpretationsmuster der Nachkriegszeit hinterfragt, bleibt doch festzuhalten: Eine homogene nationale Erinnerungskultur gibt es nicht; jeder Perspektivenwechsel trifft zwangsläufig auf unterschiedliche gruppenspezifische Rezeptionsbedingungen und kann seine Wirkung, wie die obigen Zitate bestätigen, immer nur in einem solchen Rahmen entfalten.

### 2.3 Frank-Walter Steinmeier (2025)

Eine gänzlich andere Zielrichtung verfolgt vierzig Jahre später der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.<sup>8</sup> Zwar knüpft auch seine Gedenkrede an die bekannten Komponenten *Niederlage*, *Schuldbekennnis* und *Dank für die gewährte Unterstützung* an, und der Gedanke der „Befreiung“ (mit explizitem Verweis auf Richard von Weizsäcker) wird an einigen Stellen hervorgehoben:

- (3a) *Am 8. Mai 1945 wurden wir befreit. Auch heute, 80 Jahre später, gilt unser tiefer Dank den alliierten Soldaten und den europäischen Widerstandsbewegungen, die das NS-Regime unter Aufbietung aller Kräfte und mit vielen Opfern bezwungen haben. Das vergessen wir nicht! Unser Dank gilt Amerikanern, Briten, Franzosen und all denen, die mit ihnen den Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror führten. Wir wissen auch, welchen Beitrag die Rote Armee dabei geleistet hat, Russen, Ukrainer, Weißrussen und alle, die in ihr gekämpft haben. Mindestens 13 Millionen dieser Soldaten und noch einmal so viele Zivilisten verloren ihr Leben. Die Rote Armee hat Auschwitz befreit [...].*

Die ausdrückliche Hervorhebung der Roten Armee (nicht der Sowjetunion) mag zunächst erstaunen, ebenso die klare Aussage bezüglich der „Befreiung“ von Auschwitz

---

<sup>8</sup> Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Europa vor 80 Jahren am 8. Mai 2025 in Berlin; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw19-de-gedenkstunde-rede-steinmeier-1064812>, Zugriff am 8.5.2025.

(die Bezeichnung *Konzentrationslager* oder *Vernichtungslager* wird vermieden).<sup>9</sup> Aber in den anschließenden Abschnitten zeigt sich, wie sehr solche Ausführungen vor allem als rhetorische Kontrastfolie dienen, um dann umso heftiger die aktuelle russische Politik verurteilen zu können:

- (3b) *All das vergessen wir nicht. Aber gerade deshalb treten wir den heutigen Geschichtslügen des Kreml entschieden entgegen. [...] Putins Angriffskrieg, sein Feldzug gegen ein freies, demokratisches Land, hat nichts gemein mit dem Kampf gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft im Zweiten Weltkrieg. Diese Geschichtslüge ist nichts als eine Verbrämung imperialen Wahns, schweren Unrechts und schwerster Verbrechen! [...].*

Selbstverständlich ist Kritik an der Eröffnung eines Krieges nicht nur möglich, sondern notwendig. Fragwürdig erscheint in diesem Zusammenhang nur, warum der Bundespräsident auf jegliche historische Distanz verzichtet und die in der Tagespolitik hinreichend eingespielten Bewertungsmuster übernimmt, ohne auch nur ansatzweise mögliche Hintergründe für, wie es heißt, „Putins Angriffskrieg“ anzusprechen oder alternative Stellungnahmen einzubeziehen. Weiterhin kann man sich fragen, ob die Zuspitzung auf eine Person, die Redeweise vom „imperialen Wahn“ und die mehrfache Wiederaufnahme des Themas mit den üblichen Propagandaformeln politisch angemessen ist und ob Formulierungen wie die folgenden in (3c) der Seriosität einer Gedenkrede zum 8. Mai 1945 gerecht werden können:

- (3c) *Die Befreier von Auschwitz sind zu neuen Aggressoren geworden. Mit dem Krieg gegen die Ukraine hat Putin unsere europäische Sicherheitsordnung in Trümmer gelegt [...].*

Aufgrund dieser Einschätzung ergebe sich als Folgerung, die Ukraine in solcher Situation nicht zu unterstützen, hieße, „die Lehren des 8. Mai preiszugeben“ (vgl. Forderung (a) in Abb. 4). Und als weitere Konsequenz fordert der Bundespräsident (mit inklusivem *wir*): „Wir müssen militärisch stärker werden, aber nicht um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern“ (vgl. Forderung (b)).

Beide Forderungen Steinmeiers werden argumentativ abgesichert bzw. gestützt durch die ausgeprägten negativen Kommentierungen, wie sie ausnahmslos die russische Politik betreffen. Durch die häufige Thematisierung des Ukraine-Themas dürften auch Ausführungen ohne expliziten thematischen Bezug diesem Bereich zugeordnet werden. Wenn es beispielsweise um Bemerkungen zum fanatischen Nationalismus geht, wenn vor einem feindlichen Gegeneinander gewarnt oder die Verachtung demokratischer Institutionen angeprangert wird, stellt sich sogleich die Frage, wer als gemeinter politischer Akteur in Betracht kommt: Viele kritische Aussagen bleiben hinsichtlich ihrer Zuordnung relativ offen und lassen sich, je nach Einstellung der Rezipienten, nahtlos an die abwertenden

---

<sup>9</sup> Die Sowjetunion soll offenbar ausschließlich mit einem anderen semantischen Rahmen verbunden bleiben, dem der Diktatur: „die Sowjetunion bereitete den Weg für die Einparteienherrschaft der SED und eine neue Diktatur“, so Steinmeier. Dagegen stehen die Westalliierten im gleichen Absatz uneingeschränkt und plakativ nur für „Freiheit und Demokratie“.

Aussagen zur russischen Politik anschließen. Das gilt auch für verschiedene Äußerungen, die in Abb. 4 als Appelle vermerkt sind; ihnen wird daher ebenfalls eine stützende Funktion für die Akzeptanz der Forderungen (a) und (b) zugeschrieben.

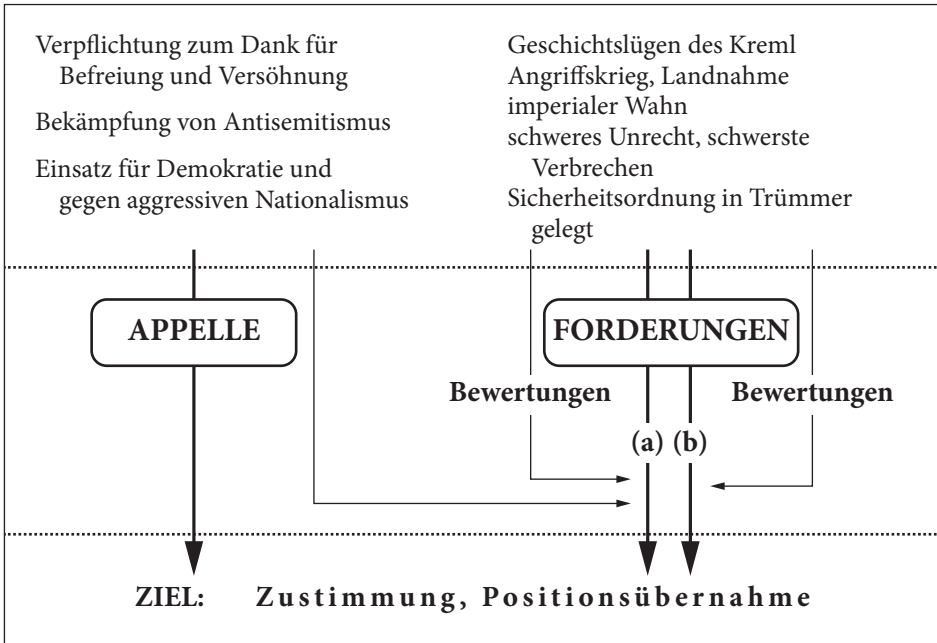


Abb. 4. Appelle und Forderungen (Steinmeier 2025)

Erinnerungspolitisch weist die Gedenkrede Steinmeiers – im Unterschied zu den zuvor präsentierten Beispielen – keine eindeutige Stoßrichtung auf. Das hängt vor allem mit der starken tagespolitischen Verflechtung zusammen; manche Passagen sind im Stile einer Unterstützungskampagne für die derzeitige Regierungspolitik formuliert (bis hin zur Aufrüstungs-Forderung). Deutungsspielräume werden nicht unbedingt gesucht, vorherrschend sind klare, nicht weiter problematisierte Positionen. Diplomatische Zurückhaltung und differenzierte Sachverhaltsbetrachtungen, die über etablierte Einordnungsmuster hinausgehen, gehören, auch das ist festzuhalten, nicht durchgängig zu den Stärken dieser Rede.

#### 2.4 Władysław Bartoszewski (1995)

Eine besondere Form der Gedenkrede ist die des polnischen Außenministers Władysław Bartoszewski.<sup>10</sup> Als Gast des Deutschen Bundestags legt er den Schwerpunkt

<sup>10</sup> „Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“; [https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/bartoszewski/rede\\_bartoszewski-245134](https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/bartoszewski/rede_bartoszewski-245134), Zugriff am 8.5.2025. In ihrer Vorstellung würdigt die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth den Gastredner für sein „unbeirrtes Eintreten für Verständigung und Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern“.

auf die **Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen** und betont sogleich die fünfzig Jahre nach Kriegsende erreichten Fortschritte:

- (4a) *Ein halbes Jahrhundert nach jenem Tage und an der Schwelle zu einem neuen halben Jahrhundert der Geschichte Europas scheint es sinnvoll zu sein, das Augenmerk auf eine gänzlich neue Etappe in den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen im Rahmen der sich neu gestaltenden Gemeinschaft der Völker und Staaten Europas zu richten [...].*

Gerade nach den Fall der Berliner Mauer seien für die Geschichte Mittel-Ost-Europas begrüßenswerte Neuerungen erfolgt. Bemühungen in diese Richtung habe es jedoch auch vorher schon gegeben; zu erinnern sei etwa an den Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe an die deutschen Katholiken 1965, an den spontanen Kniefall des Bundeskanzlers Brandt von 1970 im Gedenken an die Opfer des Warschauer Ghettos oder an den 1970 unterschriebenen Warschauer Vertrag. Und nach 1989 haben auch die aufrichtigen Worte des Bundespräsidenten Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstands von 1944 einen äußerst positiven Eindruck hinterlassen. Es bestehe die Hoffnung, so Bartoszewski, „daß Jahrestage, die trennen, gleichzeitig einen Impuls für die Gestaltung einer besseren Zukunft geben können, einer Zukunft, die verbinden wird“.

Der Blick auf den 8. Mai 1945 erfordere ebenfalls, bestimmte Etappen der Vorgeschichte wieder in Erinnerung zu rufen. Die Appeasement-Politik habe sich schnell als falsch erwiesen. 1939 entschied der Ribbentrop-Molotow-Pakt bereits über das Schicksal des polnischen Staates; der deutsche Überfall auf Polen führte nicht zuletzt zur Errichtung von Konzentrationslagern (für Polen) und Vernichtungslagern (für Juden), wobei Auschwitz-Birkenau nur ein Beispiel von vielen gewesen sei. Mit dem Stichwort ‚Jalta‘ verbinde sich eine für Europa folgenschwere Entscheidung:

- (4b) *Die Beschlüsse von Jalta bezüglich Polens waren der Anfang der Teilung Europas in zwei Blöcke. Der polnische Staat wurde um einige hundert Kilometer nach Westen „verschoben“, wodurch letztendlich sein Territorium um ein Fünftel verkleinert wurde [...].*

Diese genannte Westverschiebung sei dann, wie von den Siegermächten auf der Potsdamer Konferenz beschlossen, der Grund für die „Aussiedlung der deutschen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße“ gewesen. Das habe, verbunden mit der „Infragestellung der Grenze an Oder und Neiße seitens der Bundesrepublik Deutschland“, zu einer langjährigen und tiefgreifenden Belastung für das deutsch-polnische Verhältnis geführt. Aufgrund dieser Situation sei es sogar möglich gewesen, in der westdeutschen Bevölkerung so etwas wie einen Opfer-Status zu etablieren – und dafür Polen verantwortlich zu machen. Insofern ergebe sich im Rückblick auf das Kriegsende eine negative Bilanz:

- (4c) *Vor 50 Jahren wurde fast alles nur Mögliche unternommen, um den polnisch-deutschen Antagonismus zu verfestigen [...].*

Eine „Stunde Null“ mit vielen neuen Möglichkeiten habe sich erst 1989 ergeben. Als wichtige Stationen führt Bartoszewski an: das Kreisauer Treffen zwischen dem

Bundeskanzler Helmut Kohl und dem polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki, die anschließenden Verträge zwischen Deutschland und Polen, einschließlich der Bestätigung der gegebenen Staatsgrenzen. Als besonders wichtig für Polen betont der Redner die Nähe zu Europa, das in erster Linie als Wertegemeinschaft betrachtet wird. Die Zugehörigkeit zu einer solchen Gemeinschaft sei aus polnischer Sicht ein vorrangiges Ziel, bedeute aber keine Abkehr von den östlichen Nachbarn:

- (4d) *Ein halbes Jahrhundert an Erfahrung aus den Jahren 1939 bis 1989 zwingt Polen dazu, nach solchen multilateralen Strukturen zu suchen, die ihm die Gewähr dafür bieten, den wirtschaftlichen und zivilisatorischen Rückstand aufzuholen und einen würdigen Platz unter den Völkern Europas und der Welt einzunehmen sowie internationale Sicherheit zu erlangen, die keinem der Nachbarn und keinem anderen europäischen Land zum Nachteil gereicht [...].*

Hinsichtlich der Beziehung zwischen Polen und Deutschland hebt Bartoszewski noch einmal die „schwierige Geschichte“ zwischen beiden Ländern hervor, plädiert jedoch dafür, möglichst rasch die vielen Jahre aufzuholen, die „durch Mißtrauen, Verachtung, Feindschaft und Krieg verlorengegangen“ sind.

Der polnische Außenminister versucht, bezüglich der deutsch-polnischen Vergangenheit auch die polnische Sicht der Dinge nachvollziehbar zu machen. Nicht wenigen deutschen Adressaten dürften die großen historischen Unterschiede und wahrscheinlich auch die verheerenden Folgen der nationalsozialistischen Kriegs- und Besatzungspolitik in dieser Form nur wenig geläufig sein. Von einer gemeinsamen Erinnerungskultur kann man logischerweise nicht sprechen; das offizielle Eingebundensein in eher gegensätzliche Bündnissysteme und das Rekurren auf unvergleichliche Hintergründe macht die gegenseitige Verständigung nicht einfacher. Wichtig erscheint jedoch, die jeweils unumgänglichen Entwicklungen in Geschichte, Kultur und Politik des Partnerlandes kennenzulernen und mit denen des eigenen Landes zu vergleichen und zu kontrastieren.<sup>11</sup> Władysław Bartoszewski begnügt sich nicht mit einer sachlich-abgehobenen Darstellung, viele seiner Äußerungen sind geprägt von einem vorausschauenden, konstruktiven Bemühen und von aufrichtiger Empathie. Hiervon zeugen nicht zuletzt seine positiven Aussagen über verschiedene Entwicklungen seit 1949.

### 3. Fazit

Für Gedenkreden zum Ende des Zweiten Weltkriegs kann man als allgemeines Merkmal festhalten: Sie dienen zu einem großen Teil der Bestätigung eingespielter Interpretationsmuster, die im kollektiven Gedächtnis einer Kommunikationsgemeinschaft ihren festen Platz haben. Das braucht Neuerungen keineswegs auszuschließen, im

<sup>11</sup> Wie kompliziert entsprechende Annäherungen mitunter ausfallen können, zeigen auch Czachur/Loew (2022: 325 ff.).

Gegenteil. Jeder Redner ist bemüht, im Rahmen der gegebenen Erinnerungskultur auch eigene Akzente zu setzen; je nach Art und Umfang der Abweichung vom Erwartbaren ist in der Regel mit einer entsprechenden argumentativen Einbettung zu rechnen. In welchem Maße sich solche Neuerungen auf Dauer durchsetzen können, dürfte nicht nur von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen, sondern ebenso von der massenmedialen Resonanz abhängen.

In der Rede Willy Brandts (1970) nehmen Gedenkinhalte einen breiten Raum ein, die in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit viele Jahre lang bestimmend waren. Einen neuen Schwerpunkt stellt jedoch die Betonung der Friedens-Verpflichtung dar, und in dieser Hinsicht besonders das Bemühen, eine „Verständigung mit den Völkern im Osten“ zu suchen. Einen deutlichen Bruch mit der bisherigen Erinnerungskultur nimmt dagegen Richard von Weizsäcker (1985) vor; die bisher üblichen Bewertungsmuster werden keineswegs verneint, aber schon zu Beginn seiner Ausführungen fordert er eine Offenheit der Perspektiven. Von hieraus führt der Weg direkt zu der aufsehenerregenden These „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“. Trotz anfänglicher Widerstände hat sich diese neue Sehweise seitdem allgemein durchgesetzt, auch wenn längst nicht alle Deutschen seinerzeit sich als Befreite gefühlt haben. Das gilt ebenso für Frank-Walter Steinmeier (2025), der mehrfach auf von Weizsäcker Bezug nimmt. Der Satz „Die Befreier von Auschwitz sind zu neuen Aggressoren geworden“ steht allerdings für eine andere zentrale Aussage in der Rede und wird mehrfach wieder aufgegriffen. Insgesamt bleibt der Beitrag Steinmeiers stark tagespolitischen Zielen verpflichtet; er hebt sich insofern von den früheren Reden ab, als diese stärker am jeweils unterstellten kollektiven Gedächtnis orientiert sind.

Eine Sonderstellung nimmt in dem Zusammenhang die Gedenkrede von Władysław Bartoszewski im Deutschen Bundestag ein; sie zielt von vornherein nicht auf eine nationale, sondern auf eine übernationale und vermittelnde Position ab. Es kann nicht weiter erstaunen, wenn Bartoszewski mit großer historischer Sorgfalt die Bedingungen und die Umstände der Entstehung des Zweiten Weltkriegs nachzeichnet und so versucht, eine möglichst unvoreingenommene Rekonstruktion der Geschehnisse vorzunehmen und speziell auch die Auswirkungen für Polen und die polnische Bevölkerung zu verdeutlichen. Dem Beitrag kommt insgesamt eine analytisch-kritische, eine vorausschauende und vor allem eine völkerverbindende Funktion zu.

### Literaturverzeichnis

- BURKHARDT, Armin. „Gedenken auf Deutsch. Theoretische Überlegungen und Analysen einer Erklärung und zweier präsidialer Reden zum 8. Mai.“ *tekst i dyskurs – text und diskurs* 17 (2023): 257–302. Print.
- CHLEBDA, Wojciech. „Versprachlichtes Gedächtnis.“ *tekst i dyskurs – text und diskurs* 13 (2020): 101–122. Print.
- CZACHUR, Waldemar. „Texte machen kollektives Gedächtnis wahrnehmbar! Zum Text und kollektiven Gedächtnis aus Sicht der kultursensitiven Linguistik.“ *Sprache – Wissen – Medien*.

- Festschrift für Professor Gerd Antos*. Hrsg. Roman Opiłowski und Waldemar Czachur. Wrocław, Dresden: ATUT – Neisse, 2015, 55–69. Print.
- CZACHUR, Waldemar. „Erinnerungsrhetorische Musterbildungen im deutsch-polnischen Erinnerungsdialoq“. *Anfang. Sprachwissenschaftliche Implikationen*. Hrsg. Anna Dargiewicz. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2016, 81–95. Print.
- CZACHUR, Waldemar. „Linguistische Erinnerungsforschung. Eine theoretische Verortung“. *Linguistik der Interkulturalität*. Hrsg. Veronika Elisabeth Künkel et al. Baden-Baden: Ergon, 2024, 67–98. Print.
- CZACHUR, Waldemar und Peter Oliver LOEW. „Nie wieder Krieg!“ *Der 1. September in der Erinnerungskultur Polens und Deutschlands zwischen 1945 und 1989*. Wiesbaden: Harrassowitz, 2022. Print.
- HOLLY, Werner. „Die sozialdemokratischen Bundeskanzler an das Volk. Die Ansprachen von Brandt und Schmidt zum Jahreswechsel“. *Öffentlicher Sprachbrauch. Georg Stötzel zum 60. Geburtstag gewidmet*. Hrsg. Karin Böke, Matthias Jung und Martin Wengeler. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996, 315–329. Print.
- ILUK, Jan. „Deutsch-polnische Beziehungen. Asymmetrien der gegenseitigen Wahrnehmung“. *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde* 49 (2007): 107–135. Print.
- JAKOSZ, Mariusz. „Gestaltung des kollektiven Gedächtnisses im deutschen Mediendiskurs“. *Prace Językoznawcze* 23/1 (2021): 49–66. Print.
- KOPPERSCHMIDT, Josef. „Öffentliche Rede in Deutschland. Überlegungen zur politischen Rhetorik mit Blick auf zwei Gedenkreden im Deutschen Bundestag“. *Muttersprache* 99 (1989): 213–230. Print.
- LÜGER, Heinz-Helmut. „Realitätsflucht und argumentativer Widerstand. Kontroversen zur deutschen Ostpolitik in den 1970er Jahren“. *Studia Germanica Gedanensia* 43 (2020): 26–41. Print.
- OPIŁOWSKI, Roman. „Multimodale Textualität in der Konstituierung des kollektiven Gedächtnisses“. *Kollektives Gedächtnis und europäische Nachbarschaftsbilder*. Hrsg. Waldemar Czachur und Heinz-Helmut Lüger. Landau: VEP, 2018, 83–102. Print.
- STEBECK, Cornelia. „Einzug ins verheißene Land“ – Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985“. *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 12/1 (2015): 161–169. Print.
- WAGNER, Jens-Christian. „Es war eine Befreiung wider Willen“. *Interview von John Hufnagel*. [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_100718954/tag-der-befreiung-historiker-kritisiert-die-bezeichnung.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100718954/tag-der-befreiung-historiker-kritisiert-die-bezeichnung.html). 14.5.2025.
- WOLF, Norbert Richard. „8. Mai 1985 – 8. Mai 2005. Zwei Reden – zwei Welten“. *Studia Germanistica* 1 (2006): 85–98. Print.
- WOLFRUM, Edgar. *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Klett-Cotta, 2006. Print.

## ZITIERNACHWEIS:

- LÜGER, Heinz-Helmut. „Erinnerungspolitische Wendepunkte. Argumentation und Persuasion in Gedenkreden zum 8. Mai 1945“, *Linguistische Treffen in Wrocław* 29, 2026 (I): 211–228. DOI: 10.23817/lingtreff.29-13.